

Beispielrede zum Einsatz bei Veranstaltungen und Aktionen zum Kampftag der Arbeiter*innen, dem ersten Mai 2026, zu Schuldengerechtigkeit und Arbeitnehmer*innenrechten weltweit

„Liebe Genoss*innen, liebe Mitstreiter*innen, liebe Verbündete im Kampf für globale Schuldengerechtigkeit und Arbeitnehmer*innenrechte,

die weltweiten Krisen spitzen sich zu. Wohin man schaut: Krieg, Zerstörung, Leid.

Besonders im Globalen Süden sind die Auswirkungen dieser Krisen spürbar: Die Preise für Energie, Düngemittel und Lebensmittel explodieren. Die Internationale Energieagentur warnt sogar vor der schwersten Energiekrise der Geschichte.¹

Das heißt: Wenn die Energiepreise steigen oder Energie schlicht nicht verfügbar ist, können Krankenhäuser und Schulen nicht mehr zuverlässig arbeiten. Wenn Transportkosten steigen, wird das Essen auf dem Tisch zum Luxus und medizinische Güter unerschwinglich. In vielen Ländern bedeutet das: keine gesicherte Lebensgrundlage.

Und als wäre das nicht genug, verschärft sich auch die Schuldsituation vieler Länder: Einnahmen etwa aus dem Tourismussektor brechen für viele Staaten Asiens ein. Hohe Energiepreise machen wichtige Importgüter teuer. Die Kreditrückzahlung an internationale Gläubiger wird zu einer immer größeren Last. Viele Länder sind gezwungen, neue Kredite aufzunehmen – und müssen dafür immer höhere Zinsen zahlen.

Gleichzeitig knüpft der Internationale Währungsfonds die Vergabe von Kreditprogrammen an harte Auflagen. Das führt zu rigider Sparpolitik und mehr Abhängigkeit vom Weltmarkt. Damit werden neokoloniale Abhängigkeitsstrukturen geschaffen. Wir sagen: Das muss aufhören!

Die Menschen, die in den verschuldeten Ländern besonders von der Schuldenkrise und den Sparmaßnahmen betroffen sind, sind Arbeiter*innen:

Wenn die kenianische Regierung die Mehrwertsteuer so drastisch anhebt, dass Menschen sich Speiseöl und Babywindeln nicht mehr leisten können;

wenn in Ghana Gehälter von Lehrer*innen und Menschen im Gesundheitssektor trotz riesigen Inflationsraten nicht steigen und die realen Einkommen damit sinken,

oder wenn Teepflückerinnen und Textil-Arbeiterinnen in Sri Lanka ihre Rentenabsicherung verlieren -



¹ BBC, 20.03.2026: <https://www.bbc.com/audio/play/p0n7yqh5>.

...dann sagen wir heute am 1. Mai: Das ist kein technisches Problem der Finanzmärkte. Das ist ein System, das Profite über Menschenleben stellt.

Mehr als 40% aller Menschen – also 3,4 Milliarden Menschen – leben in Ländern, in denen der Staat mehr Geld für den Schuldendienst ausgibt als für Gesundheit, Bildung oder soziale Sicherung.² Es kann nicht sein, dass die Interessen von Gläubigern über dem Überleben von Millionen Menschen stehen!

Gewerkschaften im Globalen Süden positionieren sich klar für Arbeitnehmer*innenrechte im Globalen Süden – und für Schuldengerechtigkeit. Sie appellieren an die Politik – aber auch an uns, an die Zivilgesellschaft, an Gewerkschaften, an Arbeiter*innen im Globalen Norden.

Wenn Regierungen soziale Dienste zusammenstreichen, nur um ausländische Gläubiger zu bedienen, dann ist das ein Angriff auf uns alle. Denn Arbeiter*innenrechte sind unteilbar – egal ob in Berlin, Nairobi oder Colombo!

Unsere Partner vom Afrikanischen Gewerkschaftsbund fordern daher „internationale Solidarität über Afrika hinaus, vor allem in Gläubigerländern“.³ Auch wenn die Folgen neoliberaler Sparpolitik in verschiedenen Ländern anders aussehen, ähneln sich die darunterliegenden ausbeuterischen Strukturen. Weltweit müssen wir uns deshalb als Arbeiter*innen zusammenschließen und für eine gerechte Daseinsvorsorge kämpfen. Wir müssen uns mit Arbeiter*innen im Globalen Süden solidarisieren – indem wir Aufmerksamkeit schaffen, indem wir das Thema der Schuldenkrise politisieren und skandalisieren. Indem wir für ein gerechteres Finanzsystem kämpfen, und bei unseren Politiker*innen Druck machen, damit sie sich in den multilateralen Prozessen für eine gerechte Schuldenarchitektur einzusetzen, statt diese zu blockieren.

Gemeinsam mit unseren Partnern im Globalen Süden fordern wir ein transparentes, regelbasiertes und inklusives Verfahren unter dem Dach der UN, in dem Schulden fair verhandelt werden können.

Denn Menschenrechte sind wichtiger als die Zahlung von Auslandsschulden in einem ausbeuterischen globalen Finanzsystem. Lasst uns daher unsere Kämpfe heute verbinden. Hoch die internationale Solidarität!“

Kontakt:

Paula Bünger

erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e.V.

p.buenger@erlassjahr.de



² UNCTAD, Juni 2025: <https://unctad.org/news/developing-countries-face-record-high-public-debt-burdens-now-time-reform#:~:text=People%20pay%20the%20price,than%20on%20health%20or%20education.>

³ Schuldenreport 2026, S. 48: [https://erlassjahr.de/produkt/schuldenreport-2026/.](https://erlassjahr.de/produkt/schuldenreport-2026/)